



Gewerkschaft der Polizei

Mitglied der European Confederation
of Police (EUROCOP),

Landesbezirk Sachsen-Anhalt

GdP, Halberstädter Str. 120, 39112 Magdeburg

Ministerpräsident
Prof. Dr. Wolfgang Böhmer
Staatskanzlei
Hegelstraße 40 - 42
39104 Magdeburg

pe

19.10.2006

Sonderzahlung für die Beamten

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

Wie der Presse zu entnehmen ist, haben Sie mit Ihrer Richtlinienkompetenz und im Gegensatz zu Ihren Ministern einer Sonderzahlung für die Beamten ab 2007 zugestimmt. Damit ist eine Sonderzahlung für dieses Jahr ausgeschlossen.

Die Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Sachsen-Anhalt bedauert diese Entscheidung und befürchtet einen erneuten Verlust der Motivation.

In keinem Bundesland müssen Arbeitnehmer oder Beamte auf Sonderzahlungen verzichten. Im Gegenteil, nach dem selbst in Niedersachsen die Beamten in diesem Jahr eine Sonderzahlung erhalten, stehen auch die Beamten in Sachsen-Anhalt zwar früher auf, aber haben nichts davon.

Die GdP erwägt ernsthaft, die Beteiligung an den Reformvorhaben der Landesregierung einzustellen. Für die Mitglieder ist nicht nachzuvollziehen, dass sich die GdP an Reformen des Landes intensiv beteiligt und andererseits ihre berechtigten Forderungen mit Füßen getreten werden.

Ich fordere Sie auf, als ein zwingendes Gebot der Gerechtigkeit ein Beteiligungsverfahren zur Anpassung der Beamtenbesoldung an die jüngsten Tarifabschlüsse einzuleiten und Ihren Entschluss, in diesem Jahr keine Sonderzahlung zu gewährleisten zurück zu nehmen.

Im Übrigen erinnere ich Sie an unser Gespräch vor der Sitzung des Landtages am 17. Dezember 2004. In diesem Gespräch versicherten Sie mir, die finanzielle Situation der Beamten sofort wieder zu verbessern, wenn es die Haushaltslage ermöglicht. Dies ist, nach Aussage des Finanzministers und den derzeitigen Steuerschätzungen, jetzt sehr wohl der Fall.

In Erwartung einer positiven Resonanz Ihrerseits

verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

Koll. Karsten Schmidt

Landesbezirksvorsitzender